

## Offene Fragen der Geschichte Band 7

### Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen  
aus Ost-Mitteleuropa,  
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,  
Demontagen und Reparationen,  
Entnazifizierung und Umerziehung,  
Unerwünschte Vertriebene,  
Schwarzmarktzeit,  
Marshall-Plan,  
Währungsreform 1948,  
Gründung der BRD und DDR,  
Koreakrieg 1950-1953 ...

### Band 7/016

### Chronik vom 1. Januar 1948 bis zum 10. März 1948

#### 1948

Das Letzte, das man verliert, ist die Hoffnung.

*Pietro Metastasio, eigentlich Antonio Trapassi (1698-1782, italienischer Dichter)*

#### 01.01.1948

**WBZ:** Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 1. Januar 1948 über die Absicht der westlichen Siegermächte, einen westdeutschen Staat zu gründen (x112/429): >>... Nur auf ein solches Kerndeutschland, das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre, ließe sich ein politischer Wille richten, der das Recht nicht preis gibt.

Und wo könnte es gelegen sein?

Dort und nur dort, wo die größten Möglichkeiten deutsch zu sein, gegeben wären.<<

Der "Rheinische Merkur" berichtet am 1. Januar 1948 über das geteilte Deutschland (x112/429): >>>So wie Deutschland in seiner Gesamtheit eine Funktion des europäischen Schicksals geworden ist, so auch in seinen Teilen.

Es gibt für das westelbische Deutschland keinen anderen Trost, als daß es im Machtbereich von Staaten belassen ist, mit denen es seine geistige Tradition, seine Ansichten von Freiheit und Recht, von Demokratie und Selbstverwaltung gemeinsam hat. Ihm ist trotz aller räumlichen Begrenzung die Aussicht geblieben, seine geschichtliche Linie fortsetzen zu können. ...<<

#### 02.01.1948

**WBZ:** Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof beginnt am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß".

Angeklagt sind folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Küchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...

Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.

Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<

### **03.01.1948**

**SBZ:** Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 3. Januar 1948 über die damalige Lage der deutschen Literatur (x112/431): >>Läßt man Revue passieren, was an Büchern allenthalben erscheint, so wird dieser Eindruck bestätigt.

Es sind überwiegend die alten Schätze, wahllos dargeboten, ausgeplündertes Kapital. Neben dem Rückgriff auf die alten Bestände unserer und der ausländischen Literatur machen sich in starkem Maße Übersetzungen bemerkbar, die keineswegs immer die repräsentative Literatur anderer Völker oder unserer eigenen Emigranten, auf deren Kenntnis wir sehnsüchtig warten und die wir dringend brauchen, uns vermitteln.

Aus rein merkantilen Gesichtspunkten, die nicht allein mit finanztechnischen Schwierigkeiten "begründet" werden können, werden statt dessen abgestandene Schmöker und Belanglosigkeiten in entsprechend schlechten Übertragungen nochmals ins Geschäft geworfen.

Die Förderung unserer jungen Literatur durch offizielle Instanzen, die ja meistens noch fehlen, oder durch private mäzenatische Initiative läßt auf sich warten.

Die Unmasse an Zeitschriften – ein zeitbedingtes Leidenskapital für sich – absorbiert einen hohen Prozentsatz der schöpferischen Kräfte, teils aus der Notwendigkeit, schnell das Existenzminimum zu sichern.

So ist das, was sich darbietet, ein getreues Abbild unserer katastrophenhaften Epoche. Aber wir können die Hoffnung hegen, daß in diesem Trümmerfeld, wie in jedem Chaos, auch jede Möglichkeit für künftiges beschlossen liegt. ...<<

### **04.01.1948**

**WBZ:** Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärt am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.

"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...

Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

### **05.01.1948**

**WBZ:** In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

### **06.01.1948**

**WBZ:** Der Regierungspräsident von Münster erteilt am 6. Januar 1948 die Weisung, "entnazifizierte Lehrer" wieder einzustellen (x117/81): >>Im Jahre 1945 habe ich veranlaßt, daß alle Schulleiter, die Mitglieder der NSDAP waren, die Leitung der Schule an Nichtparteigenossen abgegeben haben. Ich hatte damals bereit in Aussicht gestellt, daß nach einer gewissen Bewährungszeit auf die wertvollen Kräfte zurückgegriffen werden solle. ...

Ich beabsichtige nunmehr, entsprechend einer Anregung, die der Herr Innenminister in Verbindung mit dem Herrn Kultusminister gegeben hat, bewährte Schulleiter, die nur nominelle Mitglieder der NSDAP waren und politisch nicht hervorgetreten sind, dem Herrn Kultusminister für die Wiederübernahme ihres früheren Amtes namhaft zu machen.

Die mit der Wahrnehmung der Schulleitergeschäfte inzwischen beauftragten Lehrpersonen genügen nicht allerorts den in der heutigen Zeit in besonderem Maße an sie zu stellenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen. ...<<

### **09.01.1948**

**WBZ:** Konrad Adenauer erklärt am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.

Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

### **10.01.1948**

**USA:** Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren kann.

### **12.01.1948**

**WBZ:** Die Betriebsräte der Stadt und des Kreises Peine demonstrieren am 12. Januar 1948 wegen der unzureichenden Ernährungslage (x112/435): >>Wir können den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht mehr zumuten, bei den jetzigen Hungerrationen weiter zu arbeiten, und uns der lange gärenden Unzufriedenheit in der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung und den daraus eventuell entspringenden Aktionen weder verschließen noch widersetzen. ...<<

### **14.01.1948**

**WBZ:** Im Ruhrgebiet fordern die streikenden Gewerkschaftsführer am 14. Januar 1948 (x112/436): >>... Zwangsabgabe von Fleisch und Fett von Selbstversorgern, Kohlenlieferungen nur noch an solche deutschen Länder, die mit ihren Lebensmittellieferungen nach Nordrhein-Westfalen nicht in Verzug sind, Freigabe zusätzlicher Kohlenmengen aus Haldenbeständen durch die Militärregierung, um damit Lebensmittelkäufe in Holland und Belgien zu tätigen.

Stärkung der Exekutivgewalt der Zweizonenbehörden.<<

### **15.01.1948**

**Berlin:** In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 heftige Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

**WBZ:** Die Ernährungsminister der Bizone beschließen am 15. Januar 1948 ein 8-Punkte-Hilfsprogramm für Nordrhein-Westfalen (x112/437):

- >>1. Nordrhein-Westfalen muß allen übrigen Ländern in der Ernährung gleichgestellt werden.
2. Alle übrigen 7 Länder verzichten für Januar auf die halbe Fettration (75 g), um die Fett rückstände in Nordrhein-Westfalen abzudecken.
3. Dieses Land erhält ferner als Fettersatz Zucker.
4. Alle Einsparungen werden dem Land zur Verfügung gestellt.

5. Die 7 anderen Länder verzichten im Februar auf eine Fettzuteilung zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen.
6. Die Selbstversorgung an Butter wird für zwei Wochen nicht ausgegeben und den Städten der Bizone zur Verfügung gestellt.
7. Die Erfassung von Geräten und Maschinen für die Landwirtschaft soll verbessert werden.
8. Das engere Ruhrgebiet soll eine Priorität in der Belieferung erhalten.<<

#### **16.01.1948**

**Berlin:** US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 16. Januar 1948 während einer Pressekonferenz (x112/438): >>Amerika ist in der Lage eines Riesen, der einer kleinen Gipsfigur gegenübersteht.

Die prahlerische sowjetische Stärke gleicht einer Strohpuppe und Moskau muß wissen, daß die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, an irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben.

Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen könnte, wegen Frankfurt die USA aus Berlin herauszudrängen, ist nicht ernst zu nehmen.

Falls die Sowjets die Bahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, werden die Amerikaner den Nachschub für ihre Truppen und deren Angehörige auf dem Luftweg nach Berlin bringen und die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor den Sowjets überlassen. ...<<

**WBZ:** General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärt am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.

Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

#### **19.01.1948**

**WBZ:** Walter Müller-Bringmann berichtet am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.

Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann. Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

Der Duisburger Stadtdirektor informiert das Landesernährungsamt am 19. Januar 1948 über die Schulspeisung (x117/102): >>Nach 1 ¾ Jahre langer Ausgabe von immer gleichbleibender Kost wurde die Neueinführung verschiedener Mahlzeiten von den Schulspeisungsteilnehmern besonders begrüßt.

Die abwechslungsreiche Kost, die von allen Kindern sehr gelobt wird, findet im Vergleich zur alten Speisung regeren Zuspruch. Es ist nicht nur eine Erhöhung der Speisungsteilnehmer zu verzeichnen gewesen, sondern auch der Schulbesuch wurde wesentlich regelmäßiger. ...<<

#### **20.01.1948**

**Großbritannien:** In England werden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).

#### **23.01.1948**

**WBZ:** Die "Neue Zeitung" berichtet am 23. Januar 1948 (x114/2.183): >>... Es besteht Aussicht, daß bis zum Jahre 2000 der Wiederaufbau Münchens sehr fortgeschritten, wenn nicht gar beendet ist, meinte vor einigen Wochen ein hoffnungsvoller Wiederaufbaubaureferent.

Die Stadt ist Behüterin einer Schuttmasse von 5 Millionen Kubikmetern, von denen immerhin schon 2 Millionen beseitigt wurden. Wegen Benzinmangel wird im Augenblick und bis auf

weiteres kein Schutt mehr geräumt.

1.500 Architekten und 3.000 Maurer, also im harmonischen Verhältnis 1:2, sind für weitere Aufbautaten gerüstet. Sollte das Verhältnis sich zugunsten der Architekten verschieben und auf einen Maurer ein Architekt kommen, werden die Architekten Sonderkurse im Brotzeitholen für die Herren Maurer absolvieren müssen. ...<<

#### **24.01.1948**

**WBZ:** Der Schriftsteller Hermann Kesten (1900-1996) schreibt am 24. Januar 1948 über die schwierige politische Weltlage (x112/442): >>... Wir tummeln uns, mitten im Jahr 1948, zwischen den wildesten Kriegsreden und Gerüchten seit 1939.

Eine optimistische Dame erklärte mir heute nachmittag, vor September 1948 käme es bestimmt nicht zum Krieg.<<

**Polen:** Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Arthur Liebehenschel wird am 24. Januar 1948 in Krakau hingerichtet.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über Arthur Liebehenschel (x051/353-354): >>Liebehenschel, Arthur, geboren in Posen 25.11.1901, gestorben in Krakau 24.1.1948 (hingerichtet); SS-Obersturmbannführer (30.1.41); Besuch der Heeresfachschule für Verwaltung und Wirtschaft, danach bei der Eisenbahn und der Reichswehr (Oktober 31 Entlassung als Oberfeldwebel); 1.2.32 Eintritt in NSDAP und SS.

Am 4.8.34 kam Liebehenschel zu den Totenkopfverbänden, wurde Adjutant bei den KZ-Kommandanturen Columbia und Lichtenburg und am 5.7.37 Abteilungsleiter im Stab des Führers der Totenkopfverbände/KZ.

Er stieg weiter auf zum Stabsführer in der Inspektion der KZ (1.5.40) und zum Amtschef im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Am 10.11.43 wurde Liebehenschel Kommandant des KZ Auschwitz (I), und am 19.5.44 übernahm er in gleicher Funktion das KZ Maidanek. Bei Kriegsende war er Stabsführer im SS-Personalhauptamt.

Von den Amerikanern an Polen ausgeliefert, wurde Liebehenschel am 22.12.47 vom Obersten Volkstribunal zum Tod verurteilt.<<

#### **25.01.1948**

**WBZ:** Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 25. Januar 1948 in Düsseldorf (x112/442): >>... Die Partei wird weiterhin Berlin als die natürliche Hauptstadt Deutschlands verlangen, und dies bedeutet das Verlangen nach Ostdeutschland.<<

**Rumänien:** In der Rumänischen Volksrepublik finden am 25. Januar 1948 allgemeine Volkszählungen statt (x007/118E-119E).

Bei dieser Zählung geben 343.913 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als ihre Muttersprache an (x007/119E): Siebenbürgen (157.105 Personen), Banat (171.022), Sathmar (3.939), Süd-Bukowina (4.189), Dobrudscha (462) und Alt-Rumänien (7.196).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Familienzusammenführung, Wiederverleihung der Staatsangehörigkeit und die allgemeine Situation der zurückgebliebenen Rumänien-Deutschen (x007/114E-119E): >>In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten die zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen, politische Verfolgung und der Wunsch, den schon vorher evakuierten oder geflohenen Verwandten zu folgen, zahlreiche Volksdeutsche zum Verlassen der rumänischen Heimat getrieben.

In vielfach abenteuerlicher Flucht gelang es ihnen, zum Teil mit Hilfe bestochener Grenzwachposten, die rumänisch-ungarische Grenze zu überschreiten und sich durch Ungarn und die sowjetisch besetzte Zone Österreichs nach Westen durchzuschlagen.

Nicht wenige wurden schon an der Grenze gefaßt und strafweise in rumänische Arbeitslager, nach Großwardein und später in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal eingewiesen.

Im Jahre 1947 wurde, ähnlich wie bei den Rückkehrern in Dobrudscha und Bukowina, auch den Banater-Deutschen zum Teil Gelegenheit geboten, sich auf Antrag von den rumänischen

Behörden ausweisen zu lassen, so daß es in vereinzelt Fällen zur legalen Abwanderung in größeren Gruppen kam.

Die Festigung des kommunistischen Regimes, in Rumänien wie im benachbarten Ungarn bewirkte in den Jahren 1948/49 einen deutlichen Rückgang des illegalen Grenzverkehrs, da die Grenzen hinfort sehr viel schärfer bewacht wurden.

Die veränderte Haltung des rumänischen Staates gegenüber den Volksdeutschen bewirkte zugleich eine leichte Besserung der allgemeinen, insbesondere auch wirtschaftlichen Lage, wenn auch das städtische Bürgertum gerade in diesen Jahren seiner Existenzgrundlage beraubt wurde.

Ungelöst blieb in jedem Fall das Problem der auseinandergerissenen volksdeutschen Familien, das durch die Kriegseignisse, die nur teilweise durchgeführte Evakuierung der Banater Schwaben und die Rückführung der in Niederösterreich überrollten Flüchtlinge entstanden war. Zehntausende von Kriegsgefangenen und Verschleppten, die oft gegen ihren Willen nach Ost- und Westdeutschland entlassen wurden, hatten die Zahl der Getrennten weiter erhöht.

In beschränktem Umfang waren 1949/50, teils auf unmittelbarem Antrag bei den rumänischen Behörden, teils durch Vermittlung des französischen Konsulats in Bukarest, Ausreisegenehmigungen erteilt worden, wobei die Antragsteller freilich in den meisten Fällen jahrelang auf die Erledigung ihrer Gesuche warten mußten.

Zu einer systematischeren Zusammenführungsaktion kam es in den Jahren 1950/51 durch Vermittlung der Bukarester Vertretung der sog. Deutschen Demokratischen Republik, die mit den bisher tätigen französischen Stellen zusammenarbeitete. In 8 Transporten wurde im Herbst 1950 und in den Monaten Mai bis Dezember 1951 etwas mehr als 1.000 Volksdeutschen, deren Angehörige in Deutschland lebten, das Verlassen Rumäniens ermöglicht, wobei die in diesen Transporten Ausreisenden im Rahmen der Ausfuhrbestimmungen ihre gesamte bewegliche Habe mitführen konnten.

Die Betreuung durch die sowjetzonalen Dienststellen war - offensichtlich aus politischen Gründen - betont sorgfältig, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Antragsteller zu Angehörigen in Westdeutschland führen. Die Weiterleitung in die Bundesrepublik verlief, nach kurzen Quarantäneaufenthalten in den Lagern Oelsnitz/Vogtland oder Bischofswerda ohne Schwierigkeiten.

Schon im Jahre 1952 fanden derartige Transporte nicht mehr statt. In den Jahren 1952 bis 1956 passierten insgesamt nur 269 Rumänien-Deutsche die Grenzdurchgangslager der Bundesrepublik. Die Gesamtzahl der Volksdeutschen, die Rumänien in diesem Zeitraum mit Einzelreisegenehmigungen verlassen konnten, dürfte kaum höher sein.

Das Gesamtproblem der Familienzusammenführung ist - das bleibt ausdrücklich festzustellen - noch immer ungelöst. Im Herbst 1956 lagen mehr als 10.000 Anträge auf Ausreise zu Verwandten in der Bundesrepublik vor. Die Ungeklärtheit der Situation und das Ausbleiben einer Entscheidung über diese Anträge gab umgekehrt der im Sommer 1955 eingeleiteten Repatriierungsaktion der rumänischen Regierung auch bei den Volksdeutschen gewisse Erfolgsaussichten.

Neben dem Wunsch, die Kritik der Emigration im westlichen Ausland auszuschalten, wird diese Aktion vor allem durch den im Lande nicht mehr zu deckenden Bedarf an Arbeitskräften veranlaßt worden sein. Ein im Juni 1955 veröffentlichtes Dekret sicherte allen Rückkehrern völlige Straffreiheit zu. Unter Hinzuziehung prominenter Politiker der ehemaligen Parteien ... wurde wenig später ein "Nationales Repatriierungskomitee" gebildet. ...

Rundfunk- und Presseaufrufe, ein eigenes Presseorgan ("Stimme des Vaterlandes"), Auslandsdienststellen und Delegationen forderten alle Flüchtlinge und Emigranten zur Rückkehr nach Rumänien auf. Selbst die Evangelische Landeskirche mußte die ausgegebenen Parolen übernehmen.

Das Echo unter den Auslandsrumänen wie unter den volksdeutschen Flüchtlingen war schwach. Schätzungen von 3.000 Volksdeutschen, die bis zum Jahresende 1956 nach Rumänien zurückgekehrt sein sollen, dürften bereits zu hoch greifen; andere sprechen von 450 schwäbischen Rückkehrern im rumänischen Banat. Daß sich trotz allem eine gewisse Zahl zur Rückkehr in die Heimat, auch unter kommunistischer Herrschaft, entschloß, kann nicht als Zustimmung zum Regime gedeutet werden, sondern zeigt nur den noch völlig ungebrochenen Zusammenhalt der volksdeutschen Familien- und Gemeindeverbände, der 10 und mehr Jahre der Trennung überdauert hat.

Stalins Tod und die allmähliche Auflockerung seines Systems begannen sich seit 1954 auch in Rumänien auszuwirken. Das Tempo der Zwangskollektivierung wurde wesentlich verlangsamt. Die sog. administrativen oder Verwaltungsstrafen wurden abgeschafft, die Mehrzahl der in den vorhergehenden Jahren ohne Haftbefehl und Urteil Inhaftierten wurde freigelassen. Die berüchtigten Zwangsarbeitslager am Donau-Schwarzmeer-Kanal wurden im allgemeinen noch 1954 aufgelöst, die Arbeiten am Kanal suspendiert. –

Die 1949 in Angriff genommenen Arbeiten an dem Riesenprojekt des Kanals, der zwischen Cernavoda und Poarta-Alba nördlich Konstanza eine wesentlich verkürzende Schifffahrtsstraße schaffen sollte, wurde fast ausschließlich durch den Einsatz von Zwangsarbeitern vorangetrieben. –

Nach einer durchgreifenden Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Securitate) kam es schließlich im Herbst 1955 zur Verkündung einer umfassenden Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, die die überlebenden Insassen der Lager und Gefängnisse auf freien Fuß setzte.

Befanden sich schon unter den 1954/55 entlassenen Häftlingen zahlreiche Deutsche, so wirkten sich andere Erleichterungen in noch stärkerem Maße gerade auf die Volksdeutschen aus. Die 1952 aus den Industriestädten Siebenbürgens evakuierten Familien konnten, soweit sie Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten fanden, 1954/55 in ihre Heimatstädte zurückkehren. Im Winter 1955/56 wurde den Zwangsumsiedlern in der Baragan-Steppe die Genehmigung zur Rückkehr ins Banat erteilt, wenn viele auch nicht in der Lage waren, die kostspielige Rückreise zu finanzieren.

Philipp Geltz wurde 1955 zum Minister für Kommunalwirtschaft und örtliche Industrie ernannt und zugleich mit der "Wiedergutmachung der dem Deutschtum infolge der vorangegangenen staatsbürgerlichen Diskriminierung zugefügten Schäden" betraut, während Anton Breitenhofer ins Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei gewählt wurde.

Die Tätigkeit des Ministeriums Geltz, das Zehntausende von Beschwerden bearbeitete, führte ... im Sommer 1956 zum Erlaß eines Dekrets über die Rückgabe von Wohnhäusern und Höfen an enteignete volksdeutsche Besitzer, auf Grund dessen bis zum Jahresende 1956 22.000 Volksdeutsche ihre Höfe und Häuser zurückerhalten haben sollen. –

Nach Pressemitteilungen verfügte das in den ersten Junitagen 1956 veröffentlichte Dekret, daß rumänische Staatsangehörige ungarischer und deutscher Nationalität ihre verstaatlichten Häuser und Hausgrundstücke oder gleichwertige Anwesen zurückerhalten sollten; wo eine Rückgabe nicht möglich wäre, sollten Entschädigungen gezahlt, langfristige Kredite und Bauzuschüsse gewährt sowie gegebenenfalls Baugrundstücke aus staatlichem Besitz zugewiesen werden. –

Rund 1.500 Deutsche waren im Dezember 1956 als Deputierte in den Volksräten des Landes tätig, und in den allgemeinen Wahlen vom 3. Februar 1957 wurde neben Geltz und Breitenhofer auch Bischof Friedrich Müller zum Mitglied der Großen Nationalversammlung gewählt.

Freilich waren die Neuerungen für die Deutschen nicht immer vorteilhaft. Die Vergünstigungen, die den mit ihrem Landbesitz in die Kolchose eingetretenen rumänischen Bauern im Jahre 1956 gewährt werden mußten, verschlechterten die Lage der zum Zeitpunkt ihres Eintritts

landlosen deutschen Mitglieder.

Auch die Rückgabe der Häuser war mit Schwierigkeiten verbunden, da die deutschen Besitzer die aufgelaufenen Steuerlasten begleichen, die Häuser renovieren und sich überdies vielfach weiter mit dem einsitzenden rumänischen Kolonisten abfinden mußten. Alles in allem ist die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Stellung der Volksdeutschen in Rumänien jedoch heute zweifellos besser als die der deutschen Gruppen in den anderen Oststaaten.

Die verhältnismäßig günstige Position der Deutschen Rumäniens darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das rumänische Deutschtum in seinen Grundfesten erschüttert und bedroht ist. Die erreichte Gleichberechtigung beruht auf der wenigstens äußerlichen Einordnung der Deutschen in den kommunistischen Staat. Deutsche Vereinigungen, deutsches Kulturleben sind nur unter den politischen Vorzeichen der herrschenden Ideologie möglich.

Der Kommunismus bedient sich der nationalen Formen, um das nationale Bewußtsein als Grundlage einer oppositionellen Haltung auszuschalten. Noch ist die politische Beeinflussung nur wenig unter die Oberfläche gedrungen. Noch ist es auch, trotz Zerstörung der deutschen Dorfgemeinschaft und des geschlossenen Bürgertums der Städte, zu einer Vermischung mit anderen Nationalitäten in größerem Umfang nicht gekommen. Dennoch erscheint die Zukunft des rumänischen Deutschtums mehr denn je gefährdet.

Die Zahl der heute noch in Rumänien lebenden Volksdeutschen ist verhältnismäßig genau zu bestimmen. Am 25. Januar 1948 und am 21. Februar 1956 fanden in der Rumänischen Volksrepublik allgemeine Volkszählungen statt, deren veröffentlichte Ergebnisse auch die Nationalitätenverhältnisse berücksichtigten. ...

In der Zählung von 1948 gaben in Rumänien 343.913 Personen – 2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung von 15,9 Millionen - Deutsch als ihre Muttersprache an. ...<<

#### **26.01.1948**

**Berlin:** Die "United-Press" berichtet am 26. Januar 1948 über den "Palästina-Krieg" (x043/-340): >>Nach 8 Wochen Krieg zwischen Juden und Arabern in Palästina beträgt die Gesamtzahl der Toten 1.160 und die der Verwundeten 2.040 Personen. ...

Seit Beginn der Kämpfe, Anfang Dezember, (wurden) 721 Araber, 408 Juden, 19 weitere Zivilisten und 12 britische Polizisten getötet. ...<<

#### **29.01.1948**

**Luxemburg:** Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärt der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

#### **30.01.1948**

**Indien:** Mahatma Gandhi (1869-1948, Führer einer indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpft seit dem Ersten Weltkrieg für die Unabhängigkeit Indiens, tritt für die Methode des gewaltlosen Widerstands ein) wird am 30. Januar 1948 während einer Abendandacht durch einen Hindu-Nationalisten erschossen (x175/439).

#### **02.02.1948**

**Jugoslawien:** Ein Arbeitsvertrag vom 2. Februar 1948 zwischen dem "Bergwerk Radljevo" und einem Volksdeutschen lautet wie folgt (x006/263E-264E): >>Vertrag über die Arbeit und die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Bergwerk und J. B. ...

7. Die normale Arbeitszeit für J. B. beträgt 8 Stunden täglich, mit der Maßgabe, daß nach Bedarf Überstunden angeordnet werden können zu den gleichen Bedingungen wie auch bei den übrigen Arbeitern.

8. Dieser Vertrag wird auf 3 Jahre abgeschlossen. ... 10. Dem freigelassenen J. B. wird in gewissem Maße die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, bzw. er kann sich nicht außerhalb des Geländes des Bergwerkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Bergwerksdirektion begeben. ...<<



**USA:** Das "Time-Magazine" kommentiert am 2. Februar 1948 Stalins Beziehungen zu Hitler (x043/341): >>... Letzte Woche veröffentlichte das US-Außenministerium (State Department) erstmals ... 357 Seiten erbeuteter deutscher Dokumente über Stalins Beziehung zu Hitler. ...

Im August 1939, nach der Unterschrift des Nichtangriffspakts, der Hitler für den Angriff im Westen freimachte, brachte Stalin auf Hitler folgenden Toast aus: "Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; deshalb möchte ich auf seine Gesundheit trinken."

Am 18. Juni 1940, nach dem Fall Hollands, Belgiens und Frankreichs, berichtet der deutsche Botschafter in Moskau: "Molotow ... brachte die herzlichsten Glückwünsche zu dem großartigen Erfolg der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck."

Im November 1940 kam es zu den schicksalhaften Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsbeute.

Das State Department verbreitet zur Zeit über alle Sender der "Stimme Amerikas" die Dokumente über den Pakt. Natürlich ist das Propaganda, aber eine Propaganda, die auf lauterer Wahrheit basiert.<<

#### **04.02.1948**

**CSR:** In der tschechoslowakischen Kriegsgefangenschaft werden am 4. Februar 1948 noch 6.350 Deutsche festgehalten (x112/447).

In der Tschechoslowakei wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ca. 25.000 deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter festgehalten, die man größtenteils im Bergbau einsetzte. Etwa 25 % überlebten diese Gefangenschaft nicht (x151/7).

#### **06.02.1948**

**SBZ:** Auf dem jüdischen Friedhof in Leipzig werden am 6. Februar 1948 Grabsteine umgeworfen und zerstört.

**WBZ:** Die britische und die US-Militärregierung veröffentlichen am 6. Februar 1948 die Proklamation Nr. 8 über die Einführung eines Obergerichtes (x112/448): >>Es wird hiermit ein Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit Sitz in Köln errichtet. ...

Der Präsident, der Vizepräsident, die Obergerichtsräte sowie der Generalanwalt und die stellvertretenden Generalanwälte werden von den Militärgouverneuren der amerikanischen und britischen Zone ernannt. ...

Das Obergericht ist für die Verhandlung und Entscheidung der folgenden Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz ausschließlich zuständig:

1. Streitigkeiten zwischen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und einem Lande oder zwischen zwei oder mehreren Ländern, wenn es sich um die Anwendung und Auslegung von Gesetzen der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes oder die Gültigkeit, die Anwendung oder Auslegung von dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, einschließlich der dazu von einem der Länder erlassenen Ausführungsbestimmungen handelt.
2. Klagen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gegen ein Land, die sich darauf stützen, daß die Gesetzgebung eines Landes oder die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen mit einem Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen unvereinbar sind oder daß sie im Hinblick auf die der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zustehenden Befugnisse die Zuständigkeit der Länder überschreiten.<<

Generalfeldmarschall List erklärt am 6. Februar 1948 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x112/448): >>Wir dienten nicht der Partei. Wir taten unsere soldatische Pflicht für unser Vaterland, für Deutschland, so, wie wir sie Jahrzehnte hindurch getan hatten ...

Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben die Kämpfe ... (während des Balkanfeldzuges) und ihre Folgeerscheinungen nicht ausgelöst. Sie wurden uns aufgezwungen. Wir handelten ... zum Schutze der uns anvertrauten Soldaten, zum Schutze der ganzen deutschen Kampffront.

...<<

## 09.02.1948

**WBZ:** Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands) kritisiert am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Lebensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezählt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhlos an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können

Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

## 11.02.1948

**SBZ:** Ein britischer Militärzug wird am 11. Februar 1948 an der Zonengrenze daran gehindert, nach Berlin zu fahren. Danach beginnen vielerorts sowjetische Schikanen.

**WBZ:** Der Bremer Senator Gustav W. Harmssen veröffentlicht am 11. Februar 1948 eine Denkschrift über die geleisteten Reparationen und beziffert die bisherigen Leistungen zugunsten der Alliierten mit 177,75 Milliarden RM (x112/451).

**USA:** Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand.

Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

## 12.02.1948

**SBZ:** Die Länder- und Kommunalverwaltungen der SBZ werden am 12. Februar 1948 zu

Ausführungsorganen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) herabgestuft.

Am 12. Februar 1948 wird der DWK das Recht eingeräumt (x009/358): >>... gemäß von der SMAD festgelegten Ordnung, Verfügungen und Instruktionen zu beschließen und zu erlassen, die für alle deutschen Organe auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone obligatorisch sind, und ihre Erfüllung zu überprüfen.

Damit wurden auch de jure (von Rechts wegen) die Länder- und Kommunalverwaltungen in der SBZ zu bloßen Ausführungsorganen des Zentralapparates degradiert.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>... Erst durch SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten erweitert, "um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone heranzuziehen".

... Das Sekretariat der DWK wurde zum Vollzugsorgan erklärt. Die SMAD verfügte, daß Entscheidungen der Plenarsitzungen und des Sekretariats der DWK als für die SBZ verpflichtende Verordnungen, Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als für den Apparat der DWK verpflichtende Anordnungen zu gelten hatten.

Die Hauptaufgabe der DWK war zunächst die Sicherstellung der Reparationen aus der laufenden Produktion. Ausdrücklich wurde im Befehl 32 betont: "Die Wirtschaftskommission wird ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der SMAD ausüben." ...

Das Sekretariat der DWK war nicht nur praktisch, sondern auch formell (auf Grund der ihm zugebilligten Vollmachten) die erste Regierung der SBZ.<<

**WBZ:** Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 12. Februar 1948 einen Artikel des Politologen Eugen Kogon über "Die Rolle des Publizisten" (x115/276): >>Was haben wir als politische Publizisten konkret zu tun?

Die Wirklichkeit zu beobachten und darzustellen, die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die Richtung durch unser Wort mitzubestimmen – ein Wort, das dem Verstand sowohl wie dem Herzen gilt. ...

Es ist ein begrenzter Beitrag, freilich ein wichtiger; denn er klärt, er ordnet, er säubert das öffentliche Bewußtsein, er bringt es in Verbindung mit den Erkenntnissen der Wissenschaft, er steht für die großen Überlieferungen, die es wert sind, weiterzuwirken, er hilft mit, die moralischen Kräfte zu wecken, er zeigt die zumutbaren Ziele auf. ...

Die Verantwortung ist ungeheuerlich. ... Wieder befinden wir uns mitten in einem großen Abenteuer der europäischen Geschichte, die wahrlich an Totalkrisen nicht arm ist, und wieder geht es ums Ganze, diesmal in einem noch umfassenderen Sinn als je. ...<<

### **13.02.1948**

**WBZ:** Die "Hamburger Volkszeitung" (KPD) wird am 13. Februar 1948 wegen "Verfälschung von Agenturmeldungen" von der britischen Militärregierung verboten.

Die evangelische Kirche der britischen Zone fordert am 13. Februar 1948 eine Amnestie für politische Straftaten (x112/453): >>... Nur diejenigen, die persönliche Schuld auf sich geladen haben, dürfen bestraft werden.

Es ist weder Recht noch christlich, daß Deutsche einander klassifizieren und über des anderen politische Gesinnung richten.<<

Die Stuttgarter "Wirtschafts-Zeitung" berichtet am 13. Februar 1948 über das Leseverhalten der Deutschen (x112/453): >>Im Antiquariat sind fast alle Klassiker zu haben ... Viel angeboten werden historische Bücher über Friedrich den Großen und aus der Wilhelminischen Zeit. Doch hat die starke Propaganda der letzten 2 Jahre bewirkt, daß sie nicht "gehen". Ähnliches gilt von leichten Unterhaltungsromanen früherer Jahre, die selbst von den einfachen Lesern abgelehnt werden, obwohl unter den Neuerscheinungen für ihren Bedarf überhaupt nicht gesorgt ist.

Antiquarisch besonders gesucht sind Autoren wie Hermann Hesse, Wiechert, Edschmid und alle modernen amerikanischen und englischen Romane. ...

Französische Romane sind weniger gefragt, werden auch in der Neuproduktion weniger oft übersetzt.

Die Einnahme Berlins und einiges, was auf sie folgte, scheint manchen Berlinern soviel von ihrer Objektivität geraubt zu haben, daß Dostojewski, Tolstoi, Gogol von Leserschichten abgelehnt werden, die früher für russische Autoren Verständnis, wenn nicht gar eine Vorliebe gehabt haben.

Genauso unverkäuflich wie zur Nazizeit bleibt in Bahnhofskiosken sowie in den Buchläden die Flut der politischen und weltanschaulichen Broschüren, obwohl sie heute unter umgekehrten Vorzeichen stehen ... Das Publikum ist "escapist" (realitätsfern); es will nichts über die 12 Jahre lesen, aber auch nicht an die heutige Lage erinnert werden. Deshalb sind Gefängnismemoiren und KZ-Bücher mit einigen Ausnahmen (wie Isa Vermehren und Eugen Kogon) geradezu unverkäuflich. ...<<

### **19.02.1948**

**Berlin:** Im französischen Sektor verbietet der Militärgouverneur am 19. Februar 1948 die Zeitungen "Vorwärts", "Neues Deutschland" und "Berliner Zeitung" wegen Beleidigung der Besatzungsmacht.

**WBZ:** Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilt am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).

Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.

Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.

Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

### **Strafen nur für die Verlierer**

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfabbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfabbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.

Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

### **Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"**

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.

Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Aus-

zeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.

Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.

Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).

Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäckig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrecken versetzt hätte. Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen.

General Katukow stellt später fest (x025/110): >>Bevor wir in deutsches Gebiet einmarschieren, rief der Kriegsrat die Truppen auf, sich auf gegnerischem Territorium würdig zu verhalten.

Der Haß, den unsere Menschen gegen die Faschisten hegten, machte diesen Appell notwendig. ... Doch dieser Haß durfte sich nicht gegen die deutsche Zivilbevölkerung richten. ...

Unsere Erziehungsarbeit war erfolgreich: Der Kriegsrat brauchte sich nicht mit unwürdigem Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen. ...<<

Nach Kriegsende berichtet Marschall Sokolowskij (ab 1944 Stabschef der 1. Ukrainischen Front) vor westeuropäischen Pressekorrespondenten (x025/110-111): >>Gewiß, es sind eine Menge häßliche Dinge passiert. Aber haben Sie etwas anderes erwartet?

Sie wissen, was die Deutschen mit unseren Kriegsgefangenen anstellten. Wie sie unser Land verwüsteten, wie sie mordeten, raubten und plünderten. Haben sie Majdanek oder Auschwitz gesehen?

Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses Herrenvolkes zeigen konnten.

Aber das ist jetzt vorbei. Wir haben diese Dinge weitgehend abgestellt. Im übrigen ist es auch nicht gerade so, daß die meisten deutschen Frauen keusche Jungfrauen wären. Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd., heißt es (x010/24-25): >>Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit in der Armee war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln

wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter den faschistischen Okkupanten gelitten.

... Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie auf die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen trafen oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren. ...

Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. ... Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten ...

Bei der 2. und 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. ... Die Leiter der Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus.

...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die Streitkräfte der UdSSR (x047/107,277): >>... Der Organisator und Inspirator des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg war die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfstab - dem Zentralkomitee. Während des Krieges nahm die Autorität der Partei unermesslich zu. ...

Außerordentlich große Aufmerksamkeit widmete die Partei den sowjetischen Streitkräften. Ihr Sieg war der Sieg der Militärpolitik der Partei. Die Politorgane von Armee und Flotte leisteten eine enorme parteipolitische Arbeit zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes und zur Erziehung der Armeeangehörigen. ...

Zur Festigung der Führung der Parteikräfte durch die Partei entsandte die KPdSU 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Front. Sie zementierten die Truppenteile und waren im Gefecht eine zuverlässige Stütze der Kommandeure. Die Reihen der Partei wurden ununterbrochen aufgefüllt. Während des Krieges traten 5.319.000 Werktätige in die Partei ein. Mehr als 3,0 Millionen Kommunisten fielen an den Fronten des Krieges. ...<<

>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ...

Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7,0 Millionen Armeeangehörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die "Befreiungsmission" der sowjetischen Streitkräfte im "Großen Vaterländischen Krieg" (x047/5,39): >>... Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende, von wo diese ausgegangen war – in der faschistischen Befehlszentrale Berlin. Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten, die der Sowjetstaat als Verbündeter der Antihitlerkoalition übernommen hatte. ...

Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen. Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR ...

Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiungstat der Sowjetstreitkräfte ...<<

>>... Die Ziele der Befreiungsmission wurden vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gleich zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges festgelegt.

Es war vorgesehen, den Völkern Europas bei ihrer Befreiung von den faschistischen Eroberern Hilfe zu leisten und sie bei der Wiedererrichtung ihrer unabhängigen Nationalstaaten zu unterstützen sowie ihnen völlige Freiheit bei der Lösung der Frage des Staatsaufbaus und der sozialen Ordnung zu gewähren. 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1,0 Millionen sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ...

Die Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.

Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten.

Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...

Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.

... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrechen (x046/314-315): >>... Durch die auf deutschem Boden begangenen Völkerrechtsverletzungen hatten große Teile der Roten Armee sich außerhalb der Traditionen herkömmlichen Soldatentums gestellt. Straftaten gegen Wehrlose ... als Massenerscheinung und nach Anstiftung und unter Beteiligung der militärischen Führer waren in den Armeen an-

derer europäischer Staaten selbst im Zweiten Weltkrieg unbekannt und wären von den Kommandostellen auch niemals geduldet worden.

Und die deutsche Wehrmacht machte hiervon keine Ausnahme. Raub und Plünderung, ganz zu schweigen von Mord und Notzuchtverbrechen, waren nach zwingenden Vorschriften des Militärgesetzbuches mit schweren Strafen bedroht. Die Kriegengerichte haben auch in den sowjetischen Gebieten zur Wahrung der militärischen Disziplin Vergehen und Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung in der Regel mit harten Strafen geahndet und oft nicht gezögert, selbst die Todesstrafe zu verhängen.

Fragt man daher nach den Verantwortlichen für die in den deutschen Ostprovinzen begangenen Kriegsverbrechen, so würde es sich, folgte man dem alten militärischen Grundsatz, daß die Vorgesetzten in jedem Fall für die Handlungen ihrer Untergebenen verantwortlich sind, bei der Mehrzahl der dort eingesetzten Befehlshaber und Truppenführer und bei vielen Angehörigen des mittleren und unteren Führerbestandes auch im Sinne des Nürnberger Statutes um "Kriegsverbrecher" gehandelt haben. ...<<

#### **25.02.1948**

**CSR:** Staatspräsident Benesch wird nach einem Staatsstreich der Kommunistischen Partei (Gleichschaltung von Polizei, Presse, Rundfunk und Verwaltung) am 25. Februar 1948 zum Rücktritt gezwungen. KP-Chef Klement Gottwald gründet nach der gewaltsamen Machtübernahme die "Volksrepublik Tschechoslowakei" und bildet in der CSR eine kommunistische Regierung (x004/68).

#### **26.02.1948**

**SBZ:** Gemäß SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 werden die Enteignungskommissionen aufgelöst und die allgemeine Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone beendet.

Die Verfolgung von "Kriegs- und faschistischen Verbrechern" wird danach den deutschen Gerichten übertragen.

**WBZ:** In Hameln werden am 26. Februar 1948 vierzehn ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tod verurteilt hatte (x130/253).

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

**Frankreich:** Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

#### **27.02.1948**

**SBZ:** Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 27. Februar 1948 über den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei (x112/462): >>... Das tschechoslowakische Volk hat für die Sache der Demokratie einen großen Sieg errungen.<<

#### **01.03.1948**

**SBZ:** Die Zeitschrift "Einheit" berichtet am 1. März 1948 über die hochschulpolitischen Grundsätze der SED (x112/466): >>Die Gelegenheit zur Schaffung einer neuen werktätigen Intelligenz gilt es voll auszunutzen. ...

Die besonderen ökonomischen und politischen Verhältnisse, unter denen wir in der Ostzone leben, bedingen die besonderen Formen des Klassenkampfes. So sind die Universitäten und das gesamte Bildungswesen in unserer Zone zu Brennpunkten des Klassenkampfes geworden. ...<<

**Berlin:** Nach offiziellen Angaben des Viermächtekomitees in Berlin sind bis zum 1. März 1948 erst 252.395 deutsche Wehrmachtssoldaten aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft



zurückgekehrt (x112/641).

**CSR:** Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzt Anfang März 1948 nochmals ein "Abschub" von Sudetendeutschen ein.

Tausende schafft man auf Lastkraftwagen ins Grenzgebiet und schiebt sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab (x004/126). Die Tschechen führen den illegalen Abschub der Sudetendeutschen grundsätzlich an weniger gut bewachten Grenzstellen durch, denn die deutschen Grenzwachposten haben strikte Anweisungen der US-Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden.

**Vatikan:** Papst Pius XII. schreibt am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>... Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.

Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.

Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.

War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?

Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...

Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>...

### **Ein "vergessener" Papst-Brief ...**

Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:

"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."

Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, führen die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:

"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen genannt".

- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschul-Lehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie nicht vergeblich im Schweiß ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.

Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vo-

rausgegangene Vertreibung der bisherigen Landarbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.

Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuaufgabe" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitularvikare zum Opfer gefallen sind.

Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien. Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."

- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich damit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber. Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind.

Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsoffer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.

Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:

"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst."

"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

#### **06.03.1948**

**Großbritannien:** Während einer Konferenz in London beraten die Westmächte am 6. März 1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

#### **08.03.1948**

**Frankreich:** Der Dichter Paul Claudel fordert am 8. März 1948 in der französischen Zeitschrift "Documents" (x115/274): >>Wir müssen dem deutschen Volk vor allem das unschätzbare Gut zurückgeben, das keinem christlichen Volk vorenthalten werden sollte: das Recht auf eine Perspektive, das Recht auf Hoffnung ...<<

#### **10.03.1948**

**WBZ:** Ein US-Militärgericht fällt am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 ange-

klagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "RuSHA-Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).

Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.

Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.

Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersuchungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".

Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.

Greifelt starb während der Strafhaft.

Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<

Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichen am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.

Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<<

**CSR:** Der parteilose Außenminister Jan Masaryk kommt am 10. März 1948 unter mysteriösen Umständen ums Leben (x058/155).

2 Wochen nach der kommunistischen Machtübernahme wird offiziell mitgeteilt, daß der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk am 10. März 1948 nach dem Sturz aus einem Fenster des Prager Außenministeriums (wahrscheinlich durch Selbstmord) gestorben sei (x063/245).